

Werkvertrag

zwischen

Gesellschaft für Ortsentwicklung und Stadterneuerung mbH
als treuhänderischer Sanierungsträger der Gemeinde Schönberg

Humboldtstraße 4

24116 Kiel

- nachfolgend „Auftraggeber“ genannt –

und

der Firma

(Name, Adresse)

- nachfolgend „Auftragnehmer“ genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhalt

§ 1 Gegenstand des Vertrages	3
§ 3 Leistungen des Auftragnehmers	3
§ 4 Vergütung	3
§ 5 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers	4
§ 6 Abnahme	5
§ 7 Haftung und Verjährung	5
§ 8 Haftpflichtversicherung	5
§ 9 Urheberrecht	5
§ 10 Kündigung	6
§ 11 Schlussbestimmungen	6

§ 1 Gegenstand des Vertrages

Der Auftraggeber ist als treuhänderischer Sanierungsträger der Gemeinde Schönberg tätig und im Rahmen dieses Auftrags für die Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Ortszentrum“ zuständig.

Gegenstand dieses Vertrages ist die Erstellung eines Stadtgrün- und Versickerungskonzeptes.

§ 2 Grundlagen des Vertragsverhältnisses

Grundlagen des Vertragsverhältnisses sind die folgenden Regelungen. Bei Widersprüchen gilt die nachfolgende Rangfolge:

1. die Regelungen dieses Vertrages,
2. die Anlagen zu diesem Vertrag,
insbesondere die Ausschreibungsunterlagen des Auftraggebers vom xx.xx.xxxx
und das Angebot des Auftragnehmers vom xx.xx.xxx
3. sämtliche für die vertragsgegenständliche Leistung einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Vorschriften in der bei Leistungsabnahme geltenden Fassung,
4. die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil B (VOL/B).
5. das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), insbesondere die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB).

§ 3 Leistungen des Auftragnehmers

1. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Erbringung der unter § 1 genannten Leistungen in dem vom Auftraggeber mit dem im Leistungsverzeichnis (Anlage 1) festgelegten Umfang.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen abnahmereif innerhalb des mit dem Auftraggeber abzustimmenden Zeitraums fertigzustellen. Die abgestimmte Ausführungsfrist wird verbindlicher Vertragsbestandteil.
3. Der Auftraggeber ist berechtigt nach Maßgabe des § 650 b BGB, Änderungen des vereinbarten Werkerfolges oder sonstige Änderungen, die zur Erreichung des Werkerfolges notwendig oder zweckmäßig sind, anzuordnen.

§ 4 Vergütung

1. Für die in § 3 beschriebenen Leistungen des Auftragnehmers, erhält dieser die gemäß dem unter § 2 Nr. 2 genannten Angebot vereinbarte Vergütung.

Diese beträgt

_____ € brutto

also inklusive Nebenkosten und Mehrwertsteuer.

2. Trifft der Auftraggeber eine Anordnung, aus der der Auftragnehmer einen geänderten Vergütungsanspruch herleitet, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierrüber unverzüglich und vor der weiteren Leistungsausführung schriftlich zu informieren.
3. Auf Anforderung des Auftragnehmers werden Abschlagszahlungen der Vergütung für die nachgewiesenen Leistungen, einschließlich Umsatzsteuer, gewährt. Abschlagszahlungen sind binnen 21 Tagen nach Zugang der Aufstellung zu leisten.

4. Die Schlussrechnung wird innerhalb von 30 Tagen fällig, wenn der Auftragnehmer sämtliche Leistungen aus diesem Vertrag erfüllt und eine prüfbare Rechnung eingereicht hat. Alle Rechnungen (einschl. Nachweise für Nebenkosten) sind im Original einzureichen.
5. Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 v. H. über dem Basiszinssatz des § 247 i. V. m. 288 Abs. 2 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.
6. Die Rechnungslegung erfolgt an:

GOS Gesellschaft für Ortsentwicklung und Stadterneuerung mbH

Treuhänderischer Sanierungsträger der Gemeinde Schönberg

Humboldtstraße 4

24116 Kiel

§ 5 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

1. Der Auftrag ist unter engster Kontakthaltung mit dem Auftraggeber, der Gemeinde Schönberg und allen an der Durchführung der Maßnahme zu beteiligenden Stellen und Behörden abzuwickeln. Über wesentliche Angelegenheiten hinsichtlich der Leistungserbringung hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu unterrichten, dies gilt insbesondere über Termin- und Qualitätsabweichungen.
2. Alle von ihm angebotenen Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit sowie den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, jeweils zum Zeitpunkt der Abnahme des Werkes, entsprechen.
3. Die Leistungsanforderungen an den Auftragnehmer werden durch die Sach- und Fachkunde des Auftraggebers nicht gemindert.
4. Vom Auftraggeber erhaltene Unterlagen sind vom Auftragnehmer auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen.
5. Die Haftung des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung des Auftraggebers nicht eingeschränkt.
6. Der Auftragnehmer darf Dritten ohne Einwilligung des Auftraggebers keine Pläne aushändigen und keine Auskünfte geben, die sich auf das Vorhaben beziehen.
7. Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen selbst bzw. mit eigenen Kräften zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers ist eine Unterbeauftragung zulässig.
8. Als Sachwalter seines Auftraggebers darf der Auftragnehmer keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten.
9. Weisungsbefugter Vertragspartner auf Auftraggeberseite ist nur die vertragsschließende Stelle.
10. Finanzielle Verpflichtungen für den Auftraggeber darf der Auftragnehmer nicht eingehen.
11. Der Auftraggeber ist berechtigt, sich gemäß § 4 Abs. 2 VOL/B von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen zu unterrichten.
12. Die vom Auftragnehmer vorzulegenden Gutachten/Planungsunterlagen sind dem Auftraggeber in digitaler Ausfertigung (.pdf) zu übergeben.

§ 6 Abnahme

Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbaren eine förmliche Abnahme der Leistungen durch schriftliche Erklärung des Auftraggebers, dass der Vertrag der Hauptsache nach erfüllt ist. Eine konkludente Abnahme ist ausgeschlossen. Eine Abnahme von Teilleistungen ist ebenso ausgeschlossen.

§ 7 Haftung und Verjährung

1. Die Rechte des Auftraggebers aus Pflichtverletzungen des Auftragnehmers wie Mängel- und Schadensersatzansprüche richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften
2. Die Ansprüche des Auftraggebers aus diesem Vertrag verjähren in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme des Werkes. Für die Leistungen, die nach der Abnahme noch zu erbringen sind, beginnt die Verjährung mit der Erfüllung der letzten Leistung. Für Schadensersatzansprüche wegen Unmöglichkeit, Verzug, unerlaubter Handlung und Pflichtverletzungen gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Verjährung.

§ 8 Haftpflichtversicherung

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung auf eigene Kosten abzuschließen. Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung müssen mindestens betragen:

für Personenschäden	1.500.000,00 € je Schadensfall jeweils 2-fach im Versicherungsjahr
für sonstige Schäden	300.000,00 € je Schadensfall jeweils 2-fach im Versicherungsjahr

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Versicherung bis zum Ablauf seiner Gewährleistungsfrist aufrecht zu erhalten. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der oben genannten Deckungssummen besteht.

2. Der Abschluss einer entsprechenden Versicherung ist dem Auftraggeber bei Vertragsabschluss nachzuweisen (Fotokopie). Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht besteht.

§ 9 Urheberrecht

1. Der Auftragnehmer überträgt dem Auftraggeber die Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an allen von ihm für die in § 1 des Vertrages genannte Maßnahme erstellten Unterlagen (verkörpert oder in elektronischer Form) sowie an den für das Bauvorhaben erbrachten Leistungen. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte auf Dritte zu übertragen. § 14 des Urheberrechtsgesetzes bleibt unberührt.
2. Veröffentlichungen darf der Auftraggeber und von ihm bestimmte Dritte nur unter Namensangabe des Auftragnehmers vornehmen. Der Auftragnehmer benötigt für Veröffentlichungen die schriftliche Einwilligung des Auftraggebers.

3. Der Auftragnehmer garantiert dem Auftraggeber, dass seine nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen frei von Rechten Dritter sind, und stellt den Auftraggeber von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten frei.

§ 10 Kündigung

1. Der Auftragnehmer kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund, der Auftraggeber jederzeit kündigen. Einer Kündigungsfrist bedarf es nicht. Für die Kündigung aus wichtigem Grund gelten die Vorschriften des § 648a BGB.
2. Wird aus einem Grund gekündigt, den der Auftragnehmer zu vertreten hat, so sind die bis dahin erbrachten und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten, soweit sie von dem Auftraggeber verwertet werden können. Dies gilt auch, wenn der Auftraggeber den Vertrag wegen Überschreitungen eines vertraglich vereinbarten Termins um mehr als zwei Monate kündigt. Ansprüche des Auftraggebers auf Vertragsstrafe und Schadensersatz bleiben unberührt.
3. Wird der Vertrag aus einem Grund gekündigt, den der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, so steht dem Auftragnehmer die vereinbarte Vergütung zu. Er muss sich jedoch anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft und seines Betriebes erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt, § 648 S. 2 BGB.
4. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der Auftragnehmer seine Arbeiten abzuschließen und seine Leistungsergebnisse in einer Art zu ordnen, die eine Übernahme und Fortführung der Maßnahme durch einen Dritten ohne unangemessene Schwierigkeiten möglich macht. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 5 Werktagen nach Beendigung des Vertragsverhältnisses den vom Auftragnehmer erreichten Leistungsstand festzustellen und zu dokumentieren.

§ 11 Schlussbestimmungen

1. Die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen berührt nicht die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes. Die Parteien verpflichten sich, im Zuge einer Vereinbarung solche Bestimmungen durch gleichwertige, gültige Vorschriften zu ersetzen. Sämtliche Bestimmungen sind ihrem Inhalt nach so auszulegen, dass sie in gesetzlich zulässiger Weise das vertraglich gewollte Ziel erreichen lassen.
2. Sollten bei der Durchführung des Vertrages ergänzende Bestimmungen notwendig werden, so verpflichten sich die Vertragspartner, die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.
3. Das Gleiche gilt, wenn einzelne Bestimmungen dieses Vertrages späteren gesetzlichen Regelungen widersprechen. Auch in diesem Fall verpflichten sich die Parteien, diese Bestimmungen im Zuge einer Vereinbarung durch rechtsgültige Vorschriften zu ersetzen.
4. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten als nicht vereinbart.
5. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.
6. Als Gerichtsstand wird Kiel vereinbart, sofern die Voraussetzungen des § 38 ZPO vorliegen.
7. Der Vertrag wird in zwei Originalen ausgefertigt.

Für den Auftraggeber:

Für den Auftragnehmer:

....., den.....

....., den

GOS mbH

Auftragnehmer

Anlagen

Anlage 1 – Konzept zu Leistungserbringung

Anlage 2 – Preisblatt